



# Solidarität

## Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1.— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 50 Pfennig, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Belegungsregister.

Inhalt: Vom Leipziger Verbandstag. — Die Mitarbeit der Mitglieder in der gewerkschaftlichen Organisation. (II.) — Aus der Reichsversicherung. — Rundschau. — Eingegangene Druckschriften. — Anzeige.

Für die Woche vom 12. bis 18. Juli 1914 ist die Beitragsmarke in das mit 29 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

### Vom Leipziger Verbandstag.

Leipzig, den 5. Juli 1914.

Trotzdem der Himmel am Sonntag-Nachmittag ein sehr unfreudliches Gesicht zeigte und damit dem sonst gewohnten Massenbesuch in der „Bugra“ einigen Abbruch verursachte, tauchten kurz nach 3 Uhr an allen Eingängen mit roten und rotweißen Kokarden geschmückte Personen auf, die alle einem Ziele, dem großen Kongresssaal, zustrebten. Neben dem halben Hundert Delegierter und Gäste waren es über tausend Leipziger Kollegen und Kolleginnen, die der Einladung unseres rührigen Leipziger Vorstandes gefolgt sind und zur feierlichen Eröffnung unseres VI. Verbandstages erschienen waren. Bis auf letzte Plätze war der große lichtdurchflutete Saal gefüllt, als um 4 Uhr der Dirigent des Philharmonischen Orchesters, Herr Ernst Hertloß den Stab hob und mit den rauschenden Klängen des „Einzug der Gäste auf der Wartburg“ aus der Wagnerschen Oper „Tannhäuser“ den Festkommers eröffnete. Mit lautloser Aufmerksamkeit lauschte die Festversammlung den wahrhaft künstlerischen Leistungen der Kapelle und dankte dafür mit reichem Beifall. Nach der zweiten Musikpiece betrat die Sänger des „Gutenberg“, des Gesangsvereins Leipziger Buchdrucker und Schriftsetzer, wohl weit über 100 an der Zahl, das geräumige Podium. Unter der Leitung der sympathischen Erscheinung ihres Chormeisters Herrn A. Schweichert brachten die Sänger die beiden Männerchöre „Mahnpruch“ und „Märzluft“ in formvollendeter Schönheit und Klangfülle zum Vortrag. Als sich der brausende Beifall, mit dem die Zuhörer für den gebotenen Gemut quittierten, gelegt hatte, trat der Vorsitzende unserer Leipziger Zastelle, Gauleiter Kollege Otto Schulze, vor die Kampe und hielt folgende Ansprache:

„Werte Gäste, Freunde, Kollegen und Kolleginnen! Ich habe die Ehre, im Auftrage des Lokalkomitees der Ortsverwaltung und der Mitgliedschaft Leipzig Sie herzlich auf unsern heutigen Kommerz und zum Verbandstag willkommen zu heißen. Wir rechnen es uns nicht als unser Verdienst an, daß uns die Ehre zuffällt, diesen Verbandstag in Leipzig begrüßen zu können, sondern wir wissen, daß es die Weltausstellung des graphischen Gewerbes, die den Kollegen eine wahrscheinlich nie wiederkehrende

Gelegenheit bietet, die technische Entwicklung in unserem Gewerbe zu überschauen, daß diese Weltausstellung die Ursache war, daß dieser ordentliche Verbandstag nicht, wie ursprünglich geplant war, in Berlin tagt, sondern durch den Willen der Mitgliedschaft nach Leipzig verlegt wurde. Wir sind nicht in der glücklichen Lage, Ihnen Naturschönheiten bieten zu können wie die letzten Verbandstagsorte Bremen und München, aber wir werden trotzdem bemüht sein, die freien Stunden in diesen Tagen, an denen unsere Delegierten im übrigen fleißige, intensive Arbeit zu leisten haben werden, Ihnen so angenehm wie möglich zu machen.

Der diesjährige Verbandstag kann nicht auf eine so sprunghafte Mitgliederzunahme zurückblicken wie die Verbandstage in München und Halle. Die Gründe sind uns bekannt, ich brauche darauf nicht einzugehen. Aus den zahlreichen Anträgen, die dem Verbandstag vorliegen, geht hervor, daß der diesjährige Verbandstag besonders schwere und ernste Arbeit zu leisten haben wird. Wir haben Sturmzeiten hinter uns. Das Jahr 1911 mit seinem unvorhergesehenen Sturm hat selbst das Jahr 1906, das viele noch nicht vergessen haben werden, übertroffen, unsere Organisation mußte schwere Erschütterungen ertragen. Die Scharte, die uns diese Sturmjahre geschlagen haben, auszuweichen, wird die Aufgabe des diesjährigen Verbandstages sein. Es wird deshalb für die Delegierten wenig freudige Stunden geben, erste Dinge harren ihrer Erlebigung, aber wenn sich auch Meinungsverschiedenheiten ergeben, so erwarten doch unsere Mandatgeber von uns, daß wir diese schwierige Frage möglichst so lösen, daß Einheitslichkeit erzielt wird. Wir hoffen und erwarten, daß die Delegierten sich dieser ihrer Aufgabe gewachsen erweisen.

Dem Lokalkomitee kommt bei seinen Veranstaltungen sehr zu Hatten, daß wir in der Stadt der ersten internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik tagen. Den Delegierten ist hier reichlich Gelegenheit geboten, ihr technisches Wissen zu erweitern.

Was die Leipziger Kollegenschaft in der Organisation bedeutet, haben Sie im Laufe der Jahre verfolgen können. Die Leipziger Kollegenschaft hat sich ihre Position, die sie gegenwärtig einnimmt, sehr schwer erobern müssen. Keine andere Zastelle hat solch schwere Kämpfe durchzumachen gehabt, hat so die Solidarität der Kollegenschaft in Anspruch nehmen müssen, wie Leipzig. Die Aussperrung von 1906, die 13 Wochen und die Aussperrung von 1911, die 20 Wochen dauerte, hat für die daran beteiligten über tausend Kollegen und Kolleginnen eine schwere Feuerprobe bedeutet. Wenn wir feststellen können, daß die Leipziger Kollegenschaft in diesen schweren Zeiten die Fühne der Organisation nicht im Stich gelassen hat, so beweist das, daß wir unsern Mitgliedern schon ein Stückchen Disziplin und Solidarität anezogen haben. Das möchte ich unsern Gästen in dieser Festesstunde ins Gedächtnis rufen.

Zu der Hoffnung, daß es uns gelingt, im Sinne der Anträge der Mitgliedschaft unsere Waffen zu schärfen, die Scharte auszuweichen und Vorbereitungen zu treffen für die ersten Zeiten, die unser in zwei und drei Jahren warten, in der Hoffnung, daß es uns gelingt, diese Arbeit zu bemestern, heiße ich Sie nochmals herzlich willkommen.“

Lebhafter Beifall folgte diesen Begrüßungsworten, worauf unsere Verbandsvorsitzende Kollegin Paula Ehiede das Wort ergriff, um folgende Ansprache zu halten:

„Sehr verehrte Delegierte, werte Kollegen und Kolleginnen, sehr verehrte Gäste! Wenn wir die heutige Feier zwar erst in ihrem Anfang, aber doch in ihrer ganzen Aufmachung sehen, dann müssen wir allerdings sagen: unsere Leipziger Kollegenschaft hat in bezug auf Großzügigkeit der Begrüßungsfeier wohl das denkbar Größte geleistet. Schulze sagte ja schon, ihr kommt der glückliche Umstand zugute, daß wir zurzeit hier die Weltausstellung für Buchgewerbe und Graphik haben und er wies auch darauf hin, daß dieser Umstand die Veranlassung ist, daß wir in Leipzig tagen anstatt in Berlin. Wir haben selbstverständlich auch als Hilfsarbeiter des großen graphischen Gewerbes ein so lebhaftes Interesse an der Entwicklung dieses Gewerbes, daß wir gewiß sehr aufmerksam und eingehend die Ausstellung, ganz besonders die Maschinenfäle, besichtigen werden. Wir haben da Wunder der Technik zu sehen, die wir allerdings aus ganz bestimmten Gründen mit gemischten Gefühlen ansehen, denn wir wissen, daß jeder Fortschritt auf diesem Gebiete bedeutet, daß wiederum sehr viele Arbeitshände überflüssig werden. Und das ist nicht nur bei uns so, sondern diese Entwicklung ist allgemein. Gleichviel in welchem Gewerbe es vorwärts gegangen ist, die Arbeiterschaft dieses Gewerbes hat versuchen müssen, sich damit abzufinden und sie hat das um so besser gekonnt, je stärker und besser sie organisiert war. Das ist es, was wir niemals vergessen dürfen. Wenn wir die Räume uns ansehen, durch die Ausstellung gehen und sehen auf der einen Seite die wunderbare technische Entwicklung und wir kommen an eine andere Gruppe und sehen da auch, dargestellt in Wort und Bild, was durch die Einigkeit der Arbeiterschaft geschaffen werden konnte, dann glaube ich, haben wir keine Veranlassung, nutzlos in die Zukunft zu sehen, sondern haben alle Veranlassung uns zu sagen: was wir in der Lage waren, der Vergangenheit abzutrotzen, abzurufen, das werden wir auch in der Lage sein, in Zukunft durch Einigkeit und festen Zusammenhalt uns nach Möglichkeit — diese Worte müssen immer wieder betont werden — nach Möglichkeit zu erhalten. Eine sehr eindringliche Sprache redet zweifellos diese Ausstellung mit all ihrer Entwicklung, mit ihrer Schönheit, mit ihren wunderbaren Einrichtungen. Wir wollen auch an dieser Stelle sagen, daß wir unsern Leipziger Kollegen Dank wissen für diese schöne Begrüßungsfeier, daß sie uns bereitet

haben, daß wir auch den Buchdruckern, der Hauptgruppe unseres Gewerbes, unseren herzlichsten Dank abtaten dafür, daß sie in so entgegenkommender Weise unser heutiges Begrüßungsfest durch ihren Gesangverein verschönerten. Zweifellos beweist das ein gutes Zusammenarbeiten und ein Zusammengehörigkeitsgefühl, dessen wir bedürfen, in der Zukunft wahrscheinlich noch viel mehr als in der Vergangenheit. Wir danken auch der Ausstellungsleitung, die es uns ermöglicht hat, in diesem schönen Saal unsere Begrüßungsfeier abzuhalten. Die Feier in dieser Form ist zweifellos großzügig, sie ist auch würdig als Einleitung unserer bevorstehenden Tagung, die wieder weitere Richtlinien für die nächsten Jahre geben muß. Und wie es in der Vergangenheit möglich war, am rechten Platz das rechte Wort, den rechten Weg im Interesse der Kollegenschaft zu finden, so haben wir die feste Zuversicht, daß es auch auf dieser Tagung gelingen wird, durch eingehende, ernste Beratungen den richtigen Weg zu finden, den wir unbedingt gehen müssen.

Zudem ich nochmals allen herzlich danke, die mitgewirkt haben, uns diese wunderbare Begrüßungsfeier zu schaffen, bitte ich Sie, mit mir einzustimmen in den Ruf: Unser Verband, unsere Leipziger Zahlstelle und auch unser schönes, graphisches Gewerbe, sie mögen wachsen, blühen und gedeihen — sie leben hoch!

Die Anwesenden erhoben sich, stimmten dreimal begeistert in das Hoch ein und spendeten der Kollegin Thiede reichen Beifall.

Da sich, trotz des selbstgemachten Angebots, von der Ausstellungsleitung niemand zu der erwarteten offiziellen Begrüßung eingefunden hat — woran wohl der böse Regen nicht allein Schuld sein dürfte — nahm das weitere aus künstlerischen Musik- und Gesangsvorträgen zusammengesetzte Programm seinen Fortgang, um viel zu früh für die meisten mit der auf 7 Uhr festgesetzten Zeit zu schließen. Die Abgesandten der deutschen Kollegenschaft werden sich stets gerne und dankbar der genussreichen Stunden erinnern, die sie im Kreise ihrer Leipziger Kollegen und Kolleginnen verbringen durften.

\* \* \*  
Leipzig, den 6. Juli 1914.

## Erster Verhandlungstag

(Vormittagsitzung.)

Kollegin Thiede eröffnete um 8¼ Uhr den Verbandstag und begrüßte in kurzen Worten nochmals die erschienenen Delegierten und Gäste. Anwesend sind 43 Delegierte. An Stelle des plötzlich erkrankten Kollegen Bleich-Berlin trat der Ersatzdelegierte Kollege Krauß-Berlin. Der Verbandsvorstand ist in seiner Gesamtheit anwesend, die Revisionskommission vertritt deren Obmann Kollege Hermann Schmidt-Berlin. Als Gäste sind anwesend: Vom Verband der deutschen Buchdrucker Genosse Emil Döblin-Berlin, vom Verband der Lithographen und Steinbrüder Genosse Otto Sillier-Berlin, vom Verband der deutschen Buchbinder Genosse W. Harber-Berlin, vom österreichischen Genossenschaftsbund Genosse Karl Mühlberger-Wien, vom Reichsverein der Buchdrucker-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Oesterreichs Kollege Hans Nowak-Wien und von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands Genosse Alex. Knoll. Auch der Gutvorsteher Engelbrecht von den Leipziger Buchdruckern wohnt zeitweilig den Verhandlungen bei.

In das Präsidium des Verbandstages werden gewählt zu Vorsitzenden mit gleichen Rechten Kollegin Thiede-Berlin und Kollege Otto Schulze-Leipzig. Zu Schriftführern Kollegin Gertrud Hanna und Kollege Max Dehmel-Berlin.

Die Mandatprüfungscommission besteht aus folgenden fünf Delegierten: Wolff-Strasbourg, Bauer-München, Lüffler-Stuttgart, Lisbeth König-Leipzig und Grohmann-Berlin.

Die Tagungszeit wird von 8—4 Uhr mit einer einstündigen Mittagspause festgelegt.

Die Hinzuziehung der beiden Gauleiter Behrendt-Danzig und Sparkuhl-Hannover zu den Verhandlungen veranlaßte einen vom Kollegen Neumeier-München eingebrachten Antrag, wonach sämtliche Gauleiter ohne Mandat dem Verbandstag beizuhören sollen und die für sie gewählten Ersatzbelegierten telegraphisch zu berufen sind. Hierüber entspann sich eine 3¼ stündige Debatte, in der die Befürworter des Antrages, die Kollegen Neumeier, Paul und Franz Herrmann, Schmid und Glöth nachzuweisen versuchten, daß die Teilnahme der genannten beiden Gauleiter den statutarischen Bestimmungen widerspricht, das Gerechtigkeitsempfinden der Mitglieder verletzt und unnötige Auslagen verursacht. Kollegin Thiede, Werner und Bucher erklärten, daß mit der Berufung der beiden Kollegen einem Beschluß der letzten Gauleiterkonferenz entsprochen wurde, die sich einstimmig auf den Standpunkt stellte, daß alle Gauleiter die Anträge der Konferenz zu vertreten haben, bezweigen auch auf dem Verbandstage anwesend sein müssen. Die Vertreter der Generalkommission, der Buchdrucker, Steinbrüder, sowie der Buchbinder weisen darauf hin, daß auch in anderen Organisationen zum Teil die Gauleiter, auch wenn sie nicht als Delegierte gewählt werden, an den Generalversammlungen teilnehmen. Nachdem Kollege Schmid-München die Erklärung abgab, daß er in der Aussprache über diese Angelegenheit einen Teil Vorarbeit für den Antrag erbracht, auf den nächsten Verbandstagen sämtliche Gauleiter neben den gewählten Delegierten zu berufen und den diesbezüglichen Teil des Antrages zurückzuziehen, ist die Angelegenheit ohne Abstimmung erledigt und die Teilnahme der Kollegen Behrendt und Sparkuhl an den Verhandlungen mit beratender Stimme genehmigt.

Paul Herrmann-Dresden fragt sodann an, warum entgegen der früheren Praxis diesmal der ganze Verbandsvorstand auf dem Verbandstag erschienen ist, was doch ziemlich Mehrausgaben veranlaßt. Hornke (Verbandsvorstand) erklärt darauf, daß auch die nichtangestellten Verbandsvorstandsmitglieder die Möglichkeit haben müssen, ihre Handlungen und Beschlüsse zu vertreten, damit nicht immer gesagt werden kann, daß die beiden Vorsitzenden Thiede und Bucher selbständig nach ihrer alleinigen Meinung handeln. Kollegin Thiede verweist auf die Verschiedenartigkeit der früheren und jetzigen Arbeiten in der Verbandsleitung und der früher geübten Praxis nach der die nicht besoldeten Mitglieder des Verbandsvorstandes jährlich gewählt wurden. Kollege P. Herrmann erklärt, von diesen Ausführungen befreit zu sein.

Bei der Festsetzung der Geschäftsordnung läuft ein genügend unterstützter Antrag ein, demzufolge die Redezeit bei den ersten beiden Punkten der Tagesordnung für alle Redner unbefristet sein soll. Nachdem Kollegin Thiede und Werner-Stuttgart dagegen und Schmid-München dafür gesprochen haben, wird der Antrag in namentlicher Abstimmung mit 22 gegen 21 Stimmen abgelehnt.

Ein weiterer Antrag, bei namentlichen Abstimmungen nicht die Zahl der Delegierten, sondern die von ihnen vertretenen Mitgliederzahlen für das Abstimmungsergebnis als ausschlaggebend zu betrachten, wird nach längerer Debatte, weil seine Annahme eine Statutenänderung bedeuten würde, nicht zur Abstimmung gebracht und als erledigt erklärt.

Die vorgeschlagene Geschäftsordnung wird sodann ohne Aenderung gegen acht Stimmen angenommen.

Bei der Festsetzung der Tagesordnung wird auf Antrag des Kollegen P. Herrmann, mit dem sich auch das Bureau einverstanden erklärt, der Punkt 4, „Statutenberatung und Beitragsregelung“, vor den Punkt 3, „Bericht über den Gewerkschaftskongress“, gestellt.

Hierauf wird in den I. Punkt der Tagesordnung, „Geschäfts- und Kassenbericht des Verbandsvorstandes und der Redaktion“, eingetreten, wobei Kollegin Thiede den Wunsch ausspricht, die Verhandlung über die seinerzeit erfolgte Amtsenthebung des Berliner Vorsitzenden Moritz gesondert vorzunehmen, weil darüber Aufklärung

geschaffen werden muß, bevor in die sachliche Behandlung des Geschäftsberichts eingetreten werden kann. Da gegen Moritz neben den bereits auf dem außerordentlichen Verbandstag in Berlin festgestellten Verfehlungen auf organisatorischem und tariflichem Gebiet auch noch schwere Vorwürfe anderer Art erhoben werden müssen, beschließt der Verbandstag, die Angelegenheit in nichtöffentlicher Sitzung vor den übrigen Berichten zu verhandeln und zu erledigen.

Nach kurzer Unterbrechung beginnen die geschlossenen Verhandlungen um 1½ Uhr und dauern, ohne zu Ende geführt zu sein, bis nach 4 Uhr nachmittags. Wir werden über das Ergebnis im Zusammenhang berichten.

## Die Mitarbeit der Mitglieder in der gewerkschaftlichen Organisation.

II.

Ihren bedeutendsten Ausdruck findet die Mitarbeit der Mitglieder in der Organisation im Versammlungswesen. Es gibt keine Fragen von gewerkschaftlicher und sozialer Bedeutung, die nicht in den Mitgliederversammlungen erörtert werden. Aber gerade der Versammlungsbefuch läßt oft viel zu wünschen übrig. Viele Mitglieder, die einer regeren Teilnahme am Versammlungswesen keine allzugroße Bedeutung beimessen, setzen sich wohl leicht mit dem Gedanken über diesen Mangel gewerkschaftlichen Interesses hinweg: es geht auch ohne mich, oder sie sagen: durch einen größeren Versammlungsbefuch wird doch nichts geändert. Gemach — so einfach liegen denn die Dinge doch nicht. Wie stellen sich diese Mitglieder wohl ein Verbandsleben vor, das sich gänzlich ohne jegliches Versammlungswesen abspielen würde? Sollten sie über diese Frage nur etwas eingehender nachdenken, so würden sie bald zu der Einsicht kommen, daß ein Verbandsleben ohne Versammlungswesen, das heißt also: ohne rege Mitarbeit aller Mitglieder gar nicht möglich ist. Auch der weitere Einwand, daß Versammlungswesen nicht gleichbedeutend sei mit gewerkschaftlicher Mitarbeit der Mitglieder, ist nicht stichhaltig. Alle wichtigen Fragen des Verbandslebens stehen in den Mitgliederversammlungen zur Debatte, die Mitglieder haben hier Gelegenheit, ihre Meinung zu dem einen oder anderen Gegenstand auszusprechen und ihr Votum abzugeben. In den Mitgliederversammlungen spiegelt sich noch am getreuesten die Teilnahme und das Interesse der Mitglieder und Mitgliedschaften am Verbandsleben, das Versammlungswesen macht sich durch alle Verbandsseinrichtungen bis hinauf zur Generalversammlung geltend. Denn in der Mitgliederversammlung werden die Wahlen zu den einzelnen Körperschaften vorgenommen, und das geschieht nicht, ohne daß nicht eine rege Aussprache über die wichtigsten Aufgaben und über die zu lösenden Fragen stattgefunden hätte. Je größer also die Teilnahme der Mitglieder an den Mitgliederversammlungen ist, desto vollkommener kommen auch die Ansichten und Wünsche der Mitglieder zur Geltung, ein umso getreueres Bild ergibt sich an dem Willen und den Interessen der Gesamtheit. Und das muß umso mehr der Fall sein, da ja von den Mitgliedern, denen das verantwortungsvolle Amt der Führerschaft übertragen wurde, die möglichst vollkommene Berücksichtigung des Gesamtwillens und Gesamtinteresses gefordert wird.

Es ist auch wohl die Forderung erhoben worden, das Verbandsleben mehr auf das System der Abstimmung aufzubauen, damit nun auch allen Mitgliedern ein tatsächlicher Einfluß eingeräumt werde. Diese Forderung mag zunächst etwas Verlockendes für sich haben, bei näherer Untersuchung erweist sich diese Forderung jedoch als wenig geeignet, dem Gesamtinteresse einen größeren Dienst zu erweisen, als das bisher bei dem Versammlungswesen der Fall war. Denn auf die Förderung des Gesamtinteresses und des Wohls der Gesamtheit kommt es an, nicht aber auf eine ängstliche Nachachtung eines übertriebenen demokratischen Prinzipals, das immer erst fragt: sind auch die Stimmen aller Mitglieder sorgfältig erwogen worden, und das erst in zweiter Linie danach fragt: wie

Sind die Interessen der Gesamtheit dabei gefahren? Das demokratische Grundgesetz der Gewerkschaften zur Förderung des Wohles der Gesamtheit lautet: einer für alle und alle für einen. Wenn aber das Versammlungswesen noch einen bedeutenden Mangel in der gewerkschaftlichen Mitarbeit der Mitglieder erkennen läßt, wie soll dann eine Besserung durch das System der Urabstimmung eintreten? Es liegt doch auf der Hand, daß unmöglich alle die kleinen und großen Fragen des täglichen Lebens, die im Rahmen des gewerkschaftlichen Kampfes austauschen, durch Urabstimmung erledigt werden können. Soll aber den lauen Mitgliedern bei den wichtigsten Fragen ein Uebergewicht über jene Mitglieder, die auch für die kleinsten Vorgänge und Fragen des gewerkschaftlichen Lebens und des Tageskampfes ein reges Interesse bekunden und somit eine größere Objektivität und Urteilsfähigkeit erworben haben, eingeräumt werden, indem nur die wichtigsten Fragen des Verbandes und des wirtschaftlichen Kampfes vor das Forum der Urabstimmung gebracht werden? Soll aber das Interesse aller Mitglieder am Verbandesleben gehoben werden, nun, so bietet das Versammlungswesen dazu die beste Gelegenheit.

Die Weiterentwicklung des gewerkschaftlichen Lebens kann nicht in der Richtung vor sich gehen, daß den Laien das größte Entgegenkommen gezeigt wird, sondern sie bewegt sich in einer Richtung, die durch die Anteilnahme und Mitarbeit der Mitglieder gegeben ist. In der ganzen Gewerkschaftsbewegung wird die ständige, und nicht die vorübergehende und zeitweilige Mitarbeit der Mitglieder am höchsten bewertet. Alle Gewerkschaften haben das größte Interesse daran, ihre Kräfte ständig zusammenzufassen und zu zentralisieren, um jederzeit aktionsfähig und schlagfertig auf den Plan treten zu können. Sorgen doch die Wechselfälle des Tageskampfes und sorgt doch das Unternehmertum immer wieder dafür, daß an die gewerkschaftliche Schlagfertigkeit und Disziplin die größten Anforderungen gestellt werden. Da heißt es schnell handeln, und naturgemäß fällt die Bewältigung der neu auftauchenden Fragen und Probleme in erster Linie denen zu, die sich durch die bewiesene Aufopferung und Mitarbeit das größte Vertrauen der Gesamtheit und das größte Maß gewerkschaftlicher Schulung erworben haben. Es ist in erster Linie Aufgabe der Gewerkschaften, die Interessen der Gesamtheit zu fördern, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Mitglieder und Berufsgenossen zu verbessern und weiterhin den Unternehmern Zugeständnisse über Zugeständnisse abzurufen. Es liegt aber nicht im Interesse der Gesamtheit, bei all den Fragen des Tageskampfes die notwendigen Schritte und Maßnahmen der Gewerkschaften vor der breitesten Öffentlichkeit zu erörtern und damit den Unternehmern Gelegenheit zu geben, die Pläne der organisierten Arbeiter zu durchkreuzen, noch ehe die Erörterungen und Beschlüsse im Schoße der Arbeiterorganisation selbst zum Abschluß gelangt sind. Es muß innerhalb der Arbeiterorganisation möglich sein, zu raschen Entschlüssen zu gelangen, wie es der Tageskampf eben erfordert, wenn nur die Taktik dabei im Einklang steht mit den Interessen und dem Willen der Gesamtheit. Darauf kommt es an, daß die Vertrauensleute, die Führer der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, in rechter Würdigung der Lage im Sinne der Gesamtheit handeln können und zu handeln verstehen, nicht aber darauf, daß ihnen jede einzelne Handlung und jeder einzelne Handgriff womöglich nach vorhergegangener Urabstimmung aufgetragen wird. Es muß immer wieder betont werden, daß die Entwicklung der wirtschaftlichen Kämpfe und der Unternehmerverbände mehr und mehr dazu geführt haben, lokale Wünsche und Strömungen den Interessen der Gesamtheit unterzuordnen. Wenn nun aber nicht das Hauptgewicht in dem zentralistischen System, in der größeren Bewegungsfreiheit der Führerschaft läge, so würde sich die Gewerkschaftsbewegung durch lokale Bewegungen einmal über das andere vor katastrophalen Erschütterungen gestellt sehen. Nicht umsonst hat gerade die Gewerkschaftsbewegung ein exakt arbeitendes Vertrauensmännersystem, das die geschultesten Mitglieder zusammenfaßt und das es ermöglicht, die Maßnahmen der Organisation den Wänden

der breiten Öffentlichkeit zu entziehen, ohne mit den Wünschen und dem Willen der Gesamtheit der Mitglieder in Widerspruch zu geraten.

Die Mitarbeit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen innerhalb ihrer Organisation ist deshalb in Wahrheit das bestimmende Element für die Richtlinien des Verbandeslebens, denn diese Mitarbeit wird getragen von den Interessen der Gesamtheit. Der Verbandesleitung liegt nur die Pflicht ob, dafür zu wachen, daß alle Maßnahmen zur rechten Zeit und am rechten Ort getroffen werden, dafür zu wachen, daß überreife Schritte unterbleiben, dafür zu wachen, daß das gegenseitige Kräfteverhältnis und die Konjunktur keine Benachteiligung der Gesamtinteressen und der Organisation im Gefolge hat. Diese Aufgaben werden durch ein starkes gegenseitiges Vertrauen der Mitglieder wesentlich erleichtert. Und ein gegenseitiges Vertrauen ist umso mehr am Platze, als die Kräfteverhältnisse auf dem wirtschaftlichen Kampfplatz eine ständige Umwälzung erfahren, denen die Gewerkschaften in ihrer Entwicklung folgen müssen. Die gegenwärtige Zeit der Verfolgung macht es den Gewerkschaften zur doppelten Aufgabe, alle Kräfte zu konzentrieren gegen die vereinigten Arbeiterfeinde und alle Mitglieder zur Mitarbeit aufzurufen.

## Aus der Reichsversicherung.

Wer zahlt die Kosten eines Krankentransports?

RVK. Wer auf seine eigenen Kosten sich oder seine Angehörigen ärztlich behandeln läßt oder in ein Krankenhaus aufgenommen wird, muß auch die Kosten für den Transport in das Krankenhaus, zum Arzt oder von der Unfallstelle in seine Wohnung selbst tragen.

Häufig ist der Erkrankte oder sind seine Angehörigen jedoch nicht imstande, die Kosten zu tragen. Dann tritt die öffentliche Armenpflege ein. Ebenso liegt es, wenn bei einem Unglücksfall auf der Straße oder bei einem Brande oder einer ähnlichen Gelegenheit die öffentlichen Sicherheitsorgane die Ueberführung eines Erkrankten in ein Krankenhaus oder zu einem Arzt veranlassen. Auch hier tritt, allerdings nur vorläufig, die öffentliche Armenpflege ein. Der Armenverband versucht dann von dem Unterhaltspflichtigen oder der zuständigen Krankenkasse Ersatz zu erhalten.

Anders ist es bei Mitgliedern von Krankenkassen. Wenn ein Kassenmitglied — zunächst vielleicht ohne Wissen seiner Kasse — in ein Krankenhaus gebracht wird, so wird die Kasse für die entstandenen Fahrtkosten erstattungspflichtig, sobald sie sich bereit erklärt, die Kosten der Krankenhauspflüge zu übernehmen. Da die Kasse dazu aber keine unbedingte Pflicht hat, so zahlt sie die Transportkosten nur, wenn sie überhaupt sämtliche Kosten übernimmt.

Weißt die Kasse selbst ein Mitglied in das Krankenhaus, so muß sie natürlich auch die entstehenden Transportkosten bezahlen. Wenn der Armenverband nun aber seinerseits von der Kasse Ersatz von Krankenhauskosten verlangt, so muß sie die Kosten nach einem im Gesetz festgelegten Pauschsatz erstatten. Sie kann sich gegenüber dem Armenverband nach neueren Entscheidungen auch nicht darauf berufen, daß sie die Zahlung der Transportkosten ablehne, weil sie nicht die vollen Krankenhauskosten, sondern nur jenen gesetzlich festgelegten Pauschsatz zahle. Für die Versicherten ist das insofern von erheblicher Bedeutung, als sie selbst für den von der Kasse nicht übernommenen Teil der Krankenhauskosten dem Armenverband haften, und solange sie ihn nicht bezahlen, als Empfänger von Armenunterstützung gelten.

Schließlich kommt noch in Frage, wer die Kosten einer Fahrt des Kassenmitgliedes zum Arzt zu zahlen hat. Handelt es sich um einen Schwerkranken, so wird ja in der Regel der Arzt den Kranken aufsuchen. Wenn der Kranke aber zum Arzt gebracht wird, weil sofortige Hilfe notwendig ist, oder weil dem Arzt die Zeit fehlt, den Kranken ständig zu besuchen, so muß die Kasse die Kosten der Fahrt zum Arzt erstatten. Das gleiche trifft zu, wenn der Kranke an sich zum Arzt in der Sprechstunde erscheinen kann, die Entfernung zum nächsten Arzt aber so groß ist, daß dem Kranken

nicht zugemutet werden kann, zu Fuß zu gehen. Auch wenn der Kranke von seinem Wohnort nach einem anderen Ort fahren muß, um dort einen Spezialarzt in Anspruch zu nehmen, ist die Kasse zur Bezahlung der entstehenden Fahrtkosten verpflichtet, wenn sie die spezialärztliche Behandlung genehmigt oder angeordnet hat. Geschieht jedoch die spezialärztliche Behandlung ohne Wissen und Willen der Kasse, so hätte sie die Fahrtkosten nur zu tragen, wenn die Art des Leidens die Behandlung durch einen Spezialarzt unumgänglich notwendig macht.

Für Krankenversicherte gehören demnach notwendige Fahrgebelter und Transportkosten zu den Kosten der Krankenhilfe, die von der Kasse zu gewähren oder zu ersetzen sind.

Muß ein Kranker sich operieren lassen?

RVK. Für Patienten, die sich auf ihre Kosten ärztlich behandeln lassen, ist es ganz klar, daß sie nicht verpflichtet sind, eine vom Arzt für notwendig gehaltene Operation vornehmen zu lassen. Der Kranke hat dann eben die Folgen seiner Weigerung zu tragen. Bei Minderjährigen bedarf es übrigens der Zustimmung des gesetzlichen Vertreters, d. h. des Vaters oder des Vormundes. Weigern sich diese, und droht dem Minderjährigen eine ernste Gefahr für Leben oder Gesundheit, so kann das zuständige Vormundschaftsgericht durch Beschluß die mangelnde Zustimmung des gesetzlichen Vertreters ersetzen.

Etwas anders ist es jedoch, wenn der Patient der Reichsversicherung unterliegt, auf Kosten des zuständigen Versicherungsträgers ärztlich behandelt wird und Barleistungen, Krankengeld oder Rente erhält. Ein unbedingter Zwang zur Operation besteht natürlich auch dann nicht. Die Ansprüche des Erkrankten an den Versicherungsträger können jedoch durch die Weigerung beeinflusst werden. Die Weigerung wird, da sich die Krankheit durch das Nichtoperieren wesentlich verschlimmern oder eine neue Krankheit entstehen kann, als vorsätzliche Zuziehung einer Krankheit gelten können. Die meisten Krankenkassen haben nun in ihrer Satzung die Vorschrift, daß kein Krankengeld gezahlt wird, wenn das Mitglied sich die Krankheit vorsätzlich zugezogen hat. Der Arzt wird wahrscheinlich in einem solchen Falle die weitere Behandlung ablehnen, so daß das Mitglied unter dem Zwang der Verhältnisse sich kaum weigern kann, eine als notwendig erkannte Operation vornehmen zu lassen.

Es fragt sich allerdings immer, ob die Operation auch wirklich notwendig ist. Das Reichsgericht z. B. hat in einer neuerlichen Entscheidung ausgeführt, man müsse eine Operation dann dulden, wenn sie gefahrlos und nicht zu schmerzhaft sei und Erfolg verspreche. Nun sind es aber gerade die Zweifel hierüber, die die Patienten vor größeren Operationen zurückschrecken lassen. Nach der Ansicht des Reichsgerichts dürfen nur die verhältnismäßig einfachen Operationen nicht verweigert werden. Das Reichsversicherungsamt hat ebenfalls zu der Frage schon mehrfach Stellung genommen und dabei erklärt, der Versicherte brauche eine Operation nicht vornehmen zu lassen, die in die Unversehrtheit des Körpers eingreife. Danach muß also die Krankheitserscheinung offen zutage liegen.

## Rundschau.

Unsere österreichische Bruderorganisation im Steindruckgewerbe im Jahre 1913. Der österreichische Senefelder-Bund, dem außer Lithographen, Steindruckern und verwandten Berufsgenossen auch die Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen als Mitglieder angehören, hat soeben in einer 49 Druckseiten umfassenden Broschüre seinen Tätigkeitsbericht über das Jahr 1913 herausgegeben. — In diesem Bericht wird betont, daß die abgelassene Berichtsperiode ein Jahr der ärgsten Depression gewesen ist. In allen Ortsgruppen war die Geschäftskonjunktur gleich schlecht; nirgends waren die Kollegen in der Lage, Kämpfe zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in Angriff zu nehmen. Die Besserung der wirtschaftlichen Lage mußte auf eine spätere Zeit verschoben werden; es mußte getrachtet werden, die Lage jener Kollegen zu beachten, die von der Krise mitgerissen, die Zahl

der Arbeitslosen vergrößerten. Oftmals mußte der Zentralvorstand über das Statut hinaus Maßnahmen ergreifen, um die Not der Arbeitslosen zu mildern. Der Arbeitslosenstand war im abgelaufenen Jahre bedeutend größer, als in den abgelaufenen drei Jahren. Die Arbeitsvermittlungen sind wohl etwas gestiegen, doch waren es zum größten Teil nur Ausbittelfunktionen. Es wurden im Jahre 1913 vom Zentralarbeitsnachweis 538 Gehilfen, 283 Hilfsarbeitern und 218 Hilfsarbeiterinnen Stellung zugewiesen; insgesamt wurde also 1039 Mitgliedern Arbeit vermittelt, gegenüber 970 im Jahre 1912.

Durch die große Arbeitslosigkeit hat der österreichische Senefelder-Bund leider einen Mitgliederabgang zu verzeichnen, der um so bedauerlicher ist, weil die in unseren Berufen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in tariflichen Verhältnissen arbeiten, die für sie erhalten bleiben müssen. Dieses ist aber nur möglich durch eine straffe Organisation, um so mehr, als die österreichischen Unternehmer auch sehr gut organisiert sind. — Während der österreichische Senefelder-Bund am Anfang des Berichtsjahres 3374 Mitglieder hatte, hat sich der Mitgliederbestand bis zum Schlusse des Jahres auf 3275 vermindert. Wie in Deutschland das lithographische Gewerbe immer mehr zurück geht, so nötigte auch in Oesterreich die schlechte Geschäftslage viele Lithographen, sich einem anderen Berufe zu widmen. In Wien sind allein zirka 60 Kollegen vom Beruf abgegangen, die teils bei Bahnen, Staatsinstituten und anderen Werken Stellung erhielten. Die 3275 Mitglieder, die am Jahreschlusse zu verzeichnen waren, setzen sich zusammen aus 469 Lithographen, 922 Steinrudern, 280 Chemigraphen, 48 Lichtrudern, 239 anderen Berufsgenossen und aus 568 Hilfsarbeitern und 749 Hilfsarbeiterinnen. — Der Invalidenstand ist im Laufe des Jahres auf 58 gestiegen.

Die Gesamteinnahmen des Verbandes an Eintrittsgeldern, Beiträgen, Zinsen usw. betragen im abgelaufenen Jahre 234 328,76 Kronen. Darunter befinden sich 40 173,40 Kr. als Vermögen der Lokalfondsstellen, die am 1. Juli 1913 von der Zentrale übernommen wurden. Die aus dieser Klasse bisher gezahlten Lokalunterstützungen werden nunmehr vom Gesamtverband bezahlt und zwar erhöht sich bei jenen Mitgliedern, die bereits vor dem 1. Juli 1913 den Lokalfondsbeitrag gezahlt, nach 52 Wochen Karenzzeit die Konditionslosenunterstützung um zehn Kronen, das ist zusammen 24 Kronen pro Woche, und bei den jetzt in den Invalidenstand tretenden Mitgliedern, die in den Lokalfonds ohne Unterbrechung zehn Jahre gezahlt haben, erhöht sich die Invalidenunterstützung um zwei Kronen pro Woche. —

Infolge der sich immer mehr steigenden Anforderungen an die Organisation wurde der Wochenbeitrag auf 1,80 Kronen erhöht. —

Die Gesamtausgaben des Verbandes betragen im Berichtsjahr 191 929,27 Kronen. Von diesen entfallen u. a. auf: Krankenunterstützung 45 695,08 Kronen, Entbindungskosten 222,— Kronen, Invalidenunterstützung 31 130,28 Kronen, Arbeitslosenunterstützung 47 310,36 Kronen, Waisenunterstützung 3941,78 Kronen, Reiseunterstützung 2761,98 Kronen, Unterstüngen bei militärischen Lebungen 241,— Kronen, außerordentliche Unterstüngen 1053,— Kronen, Umzugskosten 1144,69 Kronen und Beerdigungskosten 557,— Kronen. Der Reinerüberschuss beträgt in diesem Jahre 2226,09 Kronen, womit das Vermögen mit dem am Jahresanfang vorhandenen auf 271 703,30 Kronen gestiegen ist.

Zu bemerken ist ferner, daß auch die Wiener Wohltätigkeitssektion des österreichischen Senefelderbundes in dem abgelaufenen schweren Krisenjahre sehr segensreich gewirkt hat. In allen jenen Notlagen des Arbeiterdaseins, in denen infolge der statutarischen Bestimmungen die Zentralorganisation nicht eingreifen kann, hilft nach Möglichkeit diese Wohltätigkeitssektion. Es werden insgesamte Familien zum Wittärdienst Einbezogener, Wittwen und Waisen unterstützt, und man beachtet noch, eine Ferienkolonie für arme Waisen von Kollegen zu errichten. Die Mittel für diese außerordentlichen Unterstüngen werden durch besondere Mitgliederbeiträge, Ueberschüsse von kollegialen Veranstaltungen und durch sonstige Spenden aufgebracht. Auch der Wiener Kollegen-Gesangverein weist vom Reingewinn seiner Veranstaltungen einen Teil der Wohltätigkeitssektion zu. — Von den Wiener Filialen des Gesamtverbandes wird ferner berichtet, daß die gemeinsame Bibliothek eine Neugestaltung erfährt. Neu angeschafft und katalogisiert wurden 255 Bände; der gesamte Bücherbestand beträgt jetzt 2188 Bände. —

Ein schöner Erfolg ist von der 402 Mitglieder umfassenden Ortsgruppe Graz zu berichten. In einer imposanten Demonstration, an der sich auch die Grazer Kollegen zahlreich beteiligten, wurde die Einführung der städtischen Arbeitslosenunterstützung gefordert. Diese Demonstration hatte den Erfolg, daß der Grazer Gemeinderat beschloß, die Arbeitslosenunterstützung nach dem Center System in der Zeit vom 1. November bis Ende Februar jedes Jahres einzuführen. Nach diesem Beschlusse erhält jeder Arbeiterverein, der Arbeitslosenunterstützung auszahlt, ohne Rücksicht darauf, ob er auf der Klassenkampfbasis oder auf gelber Basis steht, 50 Heller pro Tag für jedes im Arbeitslosenunterstützungsbezuge stehende Mitglied. Es handelt sich also nicht um die Unterstützung der sozialdemokratischen Gewerkschaften — wie die Gegner der Arbeitslosenfürsorge sagen, um ihre Schabigheit zu verdecken — sondern um die Erhöhung der durch die Vereine auszahlenden Arbeitslosenunterstützung. Weiter ist hervorzuheben, daß im verfloffenen Jahre die Angestellten der städtischen Druckerei dem Verbandsbeitragen und bald darauf auch der Gemeinderat der Stadt Graz den Tarif angenommen hat.

Im Bericht wird weiter die am 24. bis 26. Mai 1913 stattgefundene Verbandsgeneralversammlung und der am 24. bis 28. August in Wien stattgefundene internationale Kongreß der Lithographen, Steinrudern und verwandten Berufe eingehend besprochen, über den wir an anderer Stelle bereits ausführlich berichtet haben.

So manches könnte noch aus dem Bericht hervorgehoben werden, doch wollen wir es im Hinblick unseres beschränkten Raumes hiermit bewenden lassen. Alles in allem kann gesagt werden, daß unsere österreichische Bruderorganisation auch im abgelaufenen Jahre, trotz der schweren Krise, bemüht war, ihre Arbeiten dem inneren Ausbau der Organisation voll und ganz zuzuwenden. Mit voller Ueberzeugung können wir konstatieren, daß der österreichische Senefelder-Bund auch im verfloffenen Jahre außerordentlich viel für seine Mitglieder getan hat, so daß wir zum Schlusse den Wunsch aussprechen können: Möge jedes Mitglied, jeder Kollege und jede Kollegin auch weiter ihre Pflicht gegenüber ihrer Organisation in ernstlichen und ruhigen Zeiten getreulich erfüllen, sich fest um seine Fahne scharen, damit der österreichische Senefelder-Bund auch in kommenden Jahren das bleibt, was er sein soll, was seinen Funktionen bei seiner Gründung immer und stets vor Augen geschwebt und auch die gegenwärtige Leitung nie und nimmer außer Acht gelassen hat: ein festes, starkes und mächtiges Bollwerk der graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen Oesterreichs, das jedem Sturm seiner Gegner stand hält, daß der österreichische Senefelder-Bund ein tüchtiger Mitstreiter in dem großen Kampfe um die Befreiung des arbeitenden Volkes aus seiner drückenden Fessel bleibe bis zum endlichen Sieg! —

Aus dem Jahresbericht der Dristrankenklasse der Steinrudern und Lithographen zu Berlin für das Verwaltungsjahr 1913. Der Bestand betrug am 1. Januar 1913: 9077,56 Mk., an Zinsen von Kapitalien wurden eingenommen 13 143,35 Mk., an Eintrittsgeldern 2499,75 Mk., an Beiträgen 373 196,80 Mk., an Erbschaftleistungen Dritter für gewährte Krankenunterstützung 169,65 Mk., an sonstigen Einnahmen 1595,75 Mk. und an Erbschaftleistungen von Berufsgenossenschaften, Unternehmern für gewährte Krankenfürsorge 1145,15 Mk. Insgesamt betragen die Jahreseinnahmen 400 828,01 Mk. und die Jahresausgaben 381 357,36 Mark. Diese setzen sich aus folgenden Positionen zusammen: Arzthonorar 53 783,66 Mk., für Arznei und sonstige Heilmittel 49 705,06 Mk., Krankenhauseinzuschuß an Angehörige 4067,— Mk., Unterstüngen an Wöchnerinnen 12 235,50 Mk., Sterbegelder 13 925,36 Mk., Krankenhauseinkosten 52 297,12 Mk., zurückgezahlte Beiträge und Eintrittsgelder 193,72 Mk., Verwaltungskosten: a) persönliche 24 213,11 Mk., b) sächliche 6220,71 Mk., Erbschaftleistungen für gewährte Krankenunterstützungen 11 227,42 Mk., zum Ankauf von Wertpapieren 10 254,50 Mk. und sonstige Ausgaben 1561,63 Mk. — Im Berichtsjahre waren im Durchschnitt 5992 männliche und 4856 weibliche Personen versichert. Erkrankungsfälle wurden männlich 1668 mit 50 480 Krankentagen, weiblich 2112 mit 54 194 Krankentagen gezählt. Sterbegeld wurde in 148 Fällen gezahlt; darin Familienangehörige: 24 Frauen und 34 Kinder der Mitglieder. 274 Wöchnerinnen bezogen die statutenmäßige Unterstüngen. Kontrolliert wurden 2942 Personen

mit 6184 Kontrollen. Zur Anmeldung gelangten 3676 Krankmeldungen und 3645 Gesundmeldungen. Freiwillig waren am Schlusse des Jahres 389 männliche und 1007 weibliche Mitglieder versichert. Zwangsanzahlung der Beiträge wurde 107 mal gegen Arbeitgeber beantragt, davon fielen 17 fruchtlos aus. Die Position Ausgaben für Arznei und ähnliche Heilmittel verteilt sich in zahlärztliche Behandlung 5956,56 Mk., Milch 2840 Mk., Bäder 7533,25 Mk., Medizin 26 014,95 Mk., Bandagen, Brillen 4386,30 Mk. und Massagen 2974 Mk. — Die Position Erbschaftleistungen für gewährte Krankenunterstützung verteilt sich wie folgt: Nach dem Krankenversicherungsgesetz 690,05 Mk., nach dem Unfallversicherungsgesetz 2645,12 Mk. und nach dem Invalidenversicherungsgesetz 7892,25 Mk. — Dem Reservefonds konnten 11 000 Mk. zugeführt werden. Das Vermögen der Kasse betrug am 31. Dezember 1913: 351 546,90 Mk.

## Eingegangene Druckschriften.

Rekripte, Dr. E., Werben und Werden der Gewerkschaften. Geschichte und System der gewerkschaftlichen Agitation. Verlag der Französischen Verlagsanstalt und Buchdruckerei, Nürnberg, 1914. 203 Seiten. 40 Textillustrationen. Preis geb. 3 Mk.

Vom „Werben“ der Gewerkschaften erzählt uns dieses Buch, von ihrer agitatorischen Arbeit, wie sie sich aus den ersten Anfängen heraus allmählich entwickelt und entfaltete hat zu einem kunstvollen, wohlüberdachten System, das freilich doch eines weiteren Ausbaues immer noch bedürftig ist. Auf Grund einer ausgedehnten Quellenforschung zeigt der Verfasser, wie einst Versammlungen abgehalten, Agitationsreisen veranstaltet, Flugblätter abgesetzt und Zeitungen aufgebaut wurden, wie stets die Methoden der Werberarbeit sich anpaßten den Zeitumständen und den Behinderungsversuchen der Gegner, und schließlich, wie heute im Großen und im Kleinen erworben wird. Ausführliche Kapitel schildern da die Organisation der Werberarbeit, die agitatorischen Aufgaben der einzelnen Gewerkschaftsorgane, die Abhaltung und Ausgestaltung von Versammlungen, die Flugblätter- und Broschürenliteratur und das gewerkschaftliche Zeitungswesen, die verschiedenen Methoden der Propaganda „von Mund zu Mund“, die Betriebs- und Hausagitation, die Werberarbeit unter Frauen und Jugendlichen usw. Auch die Bedeutung der politischen Arbeiterbewegung für die Agitation der Gewerkschaften wird untersucht, und eingehend wird geschildert, wie die anderen Zwecken dienende Betätigung der Gewerkschaften indirekt auch auf die Gewinnung und Festhaltung der Mitglieder wirkt. Es fehlt nicht eine Darstellung all der natürlichen und künstlichen Widerstände gegen die gewerkschaftliche Agitation, und sozusammen sind die Voraussetzungen für das Gelingen der Werberarbeit, die wirtschaftlichen, sozialen und psychologischen Bedingungen einer sachgemäßen Propaganda bloßgelegt. So gibt denn das Buch mehr als nur eine geschichtliche Darstellung und Beschreibung des Vorhandenen: Es ist reich an Hinweisen für die Ausgestaltung der Agitation. Wer immer in der gewerkschaftlichen Bewegung tätig ist, wird aus dem Werke zahlreiche Anregungen schöpfen.

Neben dem „Werben“ steht in der Darstellung des Buches das „Werden“. Wir sehen, wie wirtschaftliche Notwendigkeiten und bewußte Werberarbeit gemeinsam die gewerkschaftlichen Verbände zu immer machtvolleren Organisationen werden lassen, die heute die Bewunderung der ganzen Welt erregen.

Was dem Buche noch seinen besonderen Reiz verleiht, sind vierzig ganzseitige Illustrationen, die allerlei Agitationsmaterial, Flugblätter, Zeitschriften, Plakate usw. veranschaulichen. Es ist wohl zu hoffen, daß die Gewerkschaftsbewegung aus dem Werke manchen Vorteil zieht.

Am 30. Juni verstarb infolge eines Betriebsunfalles unser Mitglied

**Frau Tina Börich**

geb. Müller

(Firma O. B. Brandtletter)

Wir bedauern den plötzlichen Tod der Verstorbenen und werden ihr ein bleibendes Andenken bewahren.

Die Mitgliederschaft Leipzig.